

MATHIAS BRÖCKERS

VOM
ENDE
DER

UNIPOLAREN

WELT

FIFTYFIFT

Warum ich gegen Krieg, aber noch immer »Putinversteh« bin

MATHIAS BRÖCKERS

VOM ENDE DER UNIPOLAREN WELT

Warum ich gegen Krieg,
aber noch immer
»Putinversteh« bin

FIFTY FIFTY

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



ISBN 978-3-946778-37-0

© Verlag fifty-fifty, Frankfurt/Main 2022

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin

Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Leck

Printed in Germany

Inhalt

Einleitung	7
Acht Thesen, warum die unipolare Welt zu Ende geht	13
Notizen vom Ende der unipolaren Welt	21
Epilog	233
Anmerkungen	237
Anhang: Maria Elvira Roca Barea – »Die Angst vor den Russen – damals und jetzt«	263

Einleitung

Der Krieg in der Ukraine begann nicht mit dem russischen Einmarsch am 24. Februar 2022, sondern schon acht Jahre zuvor mit dem gewaltsamen Umsturz der gewählten Regierung in Kiew. Weil zu diesem, »Revolution der Würde« getauften, Putsch in den westlichen Medien ein sehr einseitiges Bild gezeichnet wurde, wurde das Buch *Wir sind die Guten* über die Umstände und Hintergründe dieses Machtwechsels, das ich im Herbst 2014 gemeinsam mit Paul Schreyer veröffentlichte, zu einem der erfolgreichsten Sachbücher des Jahres. Im Vorwort zur Neuauflage, die 2019 erweitert und aktualisiert unter dem Titel *Wir sind IMMER die Guten* erschienen ist, schrieben wir:

»Frieden wird es in der Ukraine nur geben, wenn der Status quo der Krim als Teil der Russischen Föderation zumindest provisorisch anerkannt wird (wie einst die DDR von der BRD) und den abtrünnigen Ost-Provinzen der Ukraine ein ebenso provisorischer Autonomie-Status zugesprochen wird. Dies bedeutet freilich, den von USA, Nato und EU betriebenen ›Regime-Change‹ und den geostrategischen Plan, der die Übernahme des russischen Marinestützpunkts Sewastopol und Nato-Kontrolle über das Schwarze Meer vorsieht, als gescheitert zu akzeptieren. Ebenso wie den Versuch, durch eine Assoziation mit der EU den zollfreien Handel und Wandel der Ukraine mit Russland abzuschneiden. Wer aus dem Bürgerkrieg in der Ukraine keinen globalen Konflikt machen will, muss an solchen Lösungen arbeiten, also die Ukraine nicht als nationalistisch-faschistoide Bastion gegen ein ›Reich des Bösen‹ im

Osten aufbauen, sondern als blockfreien Brückenstaat zwischen Russland und der EU.«¹

Statt an solchen Lösungen zu arbeiten, ist aber das Gegenteil geschehen und ziemlich genau drei Jahre nach diesen düsteren Vorhersagen sind sie eingetroffen: Mit dem russischen Einmarsch wurde aus dem Bürgerkrieg ein globaler Konflikt, aus Russland das neue Reich des Bösen und aus der Ukraine – wie nach der Kapitulation der hakenkreuz-geschmückten AsoW-Eliteeinheiten in Mariupol Mitte Mai gut zu sehen² – gewissermaßen eine »nationalistisch-faschistoide Bastion«.

Wie wir in unserem Buch gezeigt hatten, wurde in der Ukraine der Aufbau einer ultra-nationalistischen Ideologie von der CIA (Central Intelligence Agency) zwecks Destabilisierung der Sowjetunion schon seit den 1950er Jahren betrieben und fiel vor allem in der West-Ukraine – den vor den beiden Weltkriegen österreichisch-ungarischen Regionen – auf fruchtbaren Boden. Was mit dazu beitrug, dass in der seit 1991 selbständigen ehemaligen Sowjetrepublik Ukraine keine nationale Erzählung, keine gemeinsame ukrainische Identität entstehen konnte. Wobei eine solche ohnehin kaum wachsen kann, wenn sich ein Teil der Bevölkerung als Opfer (des sowjetischen Kommunismus, der »Russen«) fühlt und ein anderer als Sieger (über den Faschismus, die »Nazis«).³ Nach dem gewaltsamen Maidan-Umsturz 2014, als die Bewohner der Ost-Ukraine und der Krim die neue Regierung nicht anerkannten und ihre Autonomie erklärten, eskalierten diese Spannungen in einen bewaffneten Bürgerkrieg, der trotz Abkommen über einen Waffenstillstand und eine friedliche Wiedervereinigung (»Minsk I«, »Minsk II«) bis heute nicht beendet ist. Der 2019, mit dem Wahlversprechen Frieden zu schaffen, zum ukrainischen Präsidenten gewählte TV-Komiker Wolodymyr Selenskyj tat dann im März 2021 das Gegenteil und erließ ein Dekret zur militärischen Rückeroberung der Krim und der Donbass-Region. Statt Friedensverhandlungen wurden die Truppen aufgerüstet und von

NATO-Ausbildern trainiert und die Anführer der rassistischen Asow-Brigaden von Selenskyj als »Helden der Ukraine« mit Orden ausgezeichnet.

Wie viele hatte ich mit dem plötzlichen Überfall auf die Ukraine nicht gerechnet, aber wie viele hatte ich über die westlichen Medien auch nicht mitbekommen, über was seit Mitte Januar schon in der russischen Presse zu lesen war: einen Aufmarsch ukrainischer Truppen an den Grenzen des Donbass. Und auch die aktuellen Meldungen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hatte ich nicht auf dem Schirm, nach denen die Waffenstillstandsverletzungen an der Front seit Anfang Februar massiv zugenommen hatten – von einem Dutzend auf über 1000 pro Tag.

Im Dezember hatte Russland in den USA ultimativ Verhandlungen über das Ende dieser Kampfhandlungen unter Berücksichtigung seiner Sicherheitsbedenken über den NATO-Beitritt der Ukraine gefordert, was in Washington ignoriert wurde. Stattdessen wurde eine Offensive auf die »Volksrepubliken« gestartet und über die westlichen PR-Maschinen Gerüchte über eine russische Invasion gestreut, deren auf das Datum genaue Vorhersagen parallel mit der Zunahme von Artillerie-Feuer an der Front stiegen. Angesichts des Dauerfeuers sah der russische Präsident Wladimir Putin wohl keine andere Möglichkeit, als die vom russischen Parlament schon länger geforderte Anerkennung der »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk zu unterzeichnen – und ihrem militärischen Beistandsersuchen nachzukommen.

Nach acht Jahren vergeblicher Versuche eine friedliche Wiedervereinigung zu erreichen, war damit das Ende der territorialen Einheit der Ukraine besiegelt. Dass diese Versuche, vergeblich geblieben waren, darf nicht allein Russland in die Schuhe geschoben werden, nicht zuletzt waren es Deutschland und Frankreich, die die von ihnen initiierten Minsk-Verhandlungen im Nichts verlaufen ließen. Und es waren Washington und London, die der Regierung in Kiew die Anweisung zum Nicht-Verhandeln und

Aufrüsten gaben. Vermutlich könnte das für den massiven Beschuss des Donbass ab Anfang Februar gelten, sodass US-Präsident Joe Biden sogar den Tag des Einmarschs für den 16. Februar vorhersagen konnte. Dass dieser sich dann verzögerte, hatte mit der Formalität der offiziellen Anerkennung der beiden »Volksrepubliken« zu tun, die am 22. Februar erfolgte. Erst danach begann der Einmarsch russischer Streitkräfte, der somit völkerrechtlich als ebenso fragwürdig (oder unter der »Responsibility To Protect« akzeptabel) gelten muss wie das NATO-Bombardement Jugoslawiens im Jahre 1999. Mit dem Unterschied, dass für die USA und NATO seinerzeit keinerlei Bedrohung von Jugoslawien ausging, während Russland den jahrlangen Beschuss russischsprachiger Bevölkerung im Donbass und die militärische Aufrüstung des Landes durchaus als Bedrohung verstehen konnte.

Dieser Krieg begann also nicht aus heiterem Himmel, sondern hat eine lange Vorgeschichte. Dass »wir« – der Westen – uns dabei schon wieder und auf penetrante Weise für die Guten halten, dafür gibt es allerdings keinen Grund. Das Versagen Europas, namentlich Frankreichs und Deutschlands (vertreten durch den Herrn Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier), sich gegen die Pläne der USA durchzusetzen und eine friedliche Wiedervereinigung der Ukraine zu erreichen, ist offensichtlich. Und damit zumindest auch eine Mitschuld an der Eskalation des Konflikts und dem russischen Einmarsch. Noch bei ihrem letzten Besuch bei Putin, Anfang Februar, hätten der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz und der französische Staatspräsident Emmanuel Macron einen Krieg verhindern können; mit einer schriftlichen Garantie, dass die Ukraine kein NATO-Mitglied wird (bzw. Deutschland und Frankreich in diesem Fall austreten). Doch so viel Souveränität und Autorität im Interesse ihrer eigenen Nationen und zur Vermeidung eines militärischen Konflikts in Europa konnten diese Herren offenbar nicht aufbringen. Sie folgten wie brave Satrapen der geopolitischen Agenda des US-amerikanischen Imperiums, die da lautet: Russland militärisch und ökonomisch schwächen,

um den sogenannten »*Regime Change*« in Moskau zu erreichen. Dass Scholz sich dann auch noch mit dem Hinweis verabschiedete, die Ermordung von 13 000 russischsprachigen Ukrainern durch hitlerverehrende Nazi-Brigaden im Donbass sei »lächerlich«, war angesichts der völkermordenden Vergangenheit Deutschlands in dieser Region eine Geschmacklosigkeit und ein diplomatischer Fauxpas ersten Grades.

Weil die Eskalation des Konflikts einen noch nie da gewesene Propaganda-Tsunami auslöste, der jede Form sachlicher journalistischer Berichterstattung unter sich begrub, begann ich auf meinem Blog *broeckers.com* mit einer Art Kriegstagebuch, als Versuch, sich im Nebel des Kriegs einen Reim auf die »eigentliche« Realität zu machen. Dass ich bei meinen Recherchen, die mit vielen Links hinterlegt sind, zu anderen Sichtweisen und Schlussfolgerungen kommen sollte als der Mainstream der Medien, war unvermeidlich. Und da mein Ruf als »Putinversteh« und »Verschwörungstheoretiker« ohnehin schon ruiniert ist, konnte ich sie auch ungeniert aufschreiben. Sie erscheinen hier in weitestgehend unveränderter Form, mit allen tagesaktuellen Fehleinschätzungen, aber auch mit Einsichten, die sich als vorausschauend erwiesen haben, weil sie Quellen und Belege nutzten, die in der völlig einseitigen Kriegsberichterstattung untergingen.

Der Sturm antirussischer Propaganda beschränkte sich aber nicht nur auf die militärischen und wirtschaftlichen Schlachtfelder, sondern schlug auf die Kultur und sämtliche Lebensbereiche über und versetzte die schon unter dem Corona-Regime eingeübte »Cancel Culture« in den Overdrive – wie zuvor über das »Killevirus« ist nun über den »Killerrussen« nur noch eine Meinung erlaubt. Dass eine ebenso massive wie infantile Russophobie nicht nur in den Boulevardmedien so leicht Platz greifen konnte und zumal in Deutschland niemand mehr ein Problem damit hat, Opernsängerinnen, Sportler oder Kulturschaffende auszuladen, weil sie russische Eltern haben – diese Wiederkehr eines kaum verblühten Rassismus, das Narrativ vom brutalen, dummen, hin-

terwldlerischen Russen, wuchert auf nach wie vor virulenten Mythen, Klischees und »schwarzen Legenden« – so nennt Mara Elvira Roca Barea in ihrem Buch *Imperiophobie* die Erzählungen, die seit jeher Angst vor den großen Mchten schürten – auch vor dem Riesenreich Russlands. Den Auszug aus ihrem Kapitel »Die Angst vor den Russen« und darüber, wie die französische Aufklärung die Russophobie just in dem Moment erfand, als das Übersee-Imperium der Grand Nation in Amerika verloren war, empfehle ich nicht nur wegen dieser Pointe.

Ich habe von Freunden und Feinden öfter einige Beschwerden erhalten, dass meine Notizen es an Empörung über Russlands Einmarsch und Empathie gegenüber den Opfern fehlen lassen. Das mag so scheinen. Aber ich habe meine Rolle als Journalist und Autor schon immer eher darin gesehen, nicht zu wiederholen, was ohnehin schon in jeder Zeitung steht, sondern stattdessen darauf zu schauen, was dort nicht steht und warum. Insofern fehlen in diesen Notizen die regelmäßigen Hinweise auf brutale Russen, sympathische Ukrainer oder die friedliebende NATO. Und da ich kein Opernsänger, Sportler oder Bhnenstar bin und keine russischen Eltern habe, laufe ich auch nicht Gefahr, »gecancelt« zu werden, weil meine »Distanzierung von Putin« nicht weit genug geht – oder weil ich mir im Kaufland noch kein blaues Fhnchen mit »solidarischen« SS-Symbolen besorgt habe. Meine persönliche »Politisierung« begann im Alter von 14 oder 15 mit den Bildern des Vietnam-Kriegs und der Schwierigkeit zu verstehen, dass man Reisbauern in Asien bombardieren muss, um die »Freiheit im Westen« zu verteidigen. Das wollte mir irgendwie nicht in den Kopf, obwohl es überall in den Nachrichten verkündet wurde. Genauso wenig wie einige Jahre später der erste Putsch, den ich bewusst wahrnahm, als in Chile ein sozialdemokratischer Präsident von faschistischen Militärs ermordet wurde und die Zeitungen von einem begrüßenswerten »Regierungswechsel« schrieben. Dieses frühe Misstrauen in die Berichterstattung über Kriege und Militäroperationen hat sich in den Jahrzehnten da-

nach immer wieder bestätigt und meinen Blick auf die dahinter stehenden geo- und machtpolitischen Interessen gelenkt. Auf das historische »Great Game«, das die großen imperialen Mächte auf dem geopolitischen Schachbrett seit Jahrhunderten spielen. Distanziert auf ein »Spiel« zu schauen, das blutiger Ernst ist, kann kalt und emotionslos wirken, ist aber zum Erkennen der Lage notwendig. Wer keinen Schritt zurücktritt, um Kontexte und Zusammenhänge zu erfassen, kann aktuelle Vorgänge nicht richtig begreifen, wer sich von Emotionen leiten lässt, keine realistischen Einschätzungen treffen, wer nur auf den Schrecken und Auswirkung des Kriegs starrt, seine Ursachen und Logik nicht verstehen. Wer aber Kriege beenden will, muss ihre Ursachen verstehen und beseitigen. »Aufhören!« zu schreien, hilft nicht. Zumal in einem historischen Moment, der mir als Anfang vom Ende der unipolaren Welt vorkommt, ein Umbruch und Paradigmenwechsel von epochaler Bedeutung und weit mehr als ein blutiger »Nachbarschaftsstreit« ukrainischer und russischer Nationalisten.

Acht Thesen, warum die unipolare Welt zu Ende geht

1

»Das Glück ist immer auf der Seite der großen Bataillone« – die auch vom Preußenkönig Friedrich II. überlieferte französische Redensart muss im 21. Jahrhundert umformuliert werden. Nachdem *The (Real) Revolution in Military Affairs* stattgefunden hat, so das gleichnamige Buch von Andrei Martyanov (2019), ist das Kriegsglück jetzt auf der Seite der »hypersonischen Waffen«: Präzisions-Raketen, die aufgrund ihrer extremen Geschwindigkeit von keinem Luftabwehrsystem abgefangen werden können und ihr Ziel aus tausenden Kilometern Entfernung auf den Meter genau treffen. Da nur Russland (und demnächst auch China) über solche Waffen verfügt – und ganz abgesehen davon, dass diese

Raketen auch mit Nuklearsprengköpfen ausgestattet sein können –, sind USA und NATO in jeder direkten militärischen Auseinandersetzung unterlegen. Auch ihre vielfach größeren Bataillone können da nicht helfen. Selbst ein massiver nuklearer »Erstschatag« auf Moskau und Sankt Petersburg kann eine durchschlagende Antwort auf Washington, New York oder London nicht verhindern – gegenseitige Vernichtung ist garantiert. Oder besser: war garantiert. Denn die überlegenen Luftverteidigungs-Systeme (S-400/S-500) können den russischen Luftraum für ballistische Raketen schließen und den »Erstschatag« höchstwahrscheinlich abfangen. Doch auf den russischen Gegenschlag gibt es im Westen keine Verteidigung. Deshalb kann und wird die NATO in der Ukraine militärisch nicht direkt eingreifen.

2

Mit der Ankunft hypersonischer Präzisionswaffen auf dem Schlachtfeld – im Rahmen der russischen »Militäroperation« in der Ukraine wurden solche »Kinzhal«-Raketen erstmals eingesetzt – verändert sich die militärische Lage für das US-Imperium grundsätzlich und dramatisch. Nicht nur ist die Doktrin militärischer »Full Spectrum Dominance« des Globus haltlos geworden, erstmals in seiner Geschichte ist das »Homeland« der USA selbst nicht mehr sicher. Aus ihrer günstigen Lage – »Die Amerikaner sind ein sehr glückliches Volk. Sie sind im Norden und Süden von schwachen Nachbarn umgeben und im Osten und Westen von Fischen«, hatte sie einst Otto von Bismarck angeblich mal umschrieben – können sie keinen Gewinn mehr ziehen. Das Zeitalter der »billigen Kriege« und von Gegnern, vor denen man zu Hause nichts zu befürchten hatte, ist vorbei und wird nicht wiederkehren. Deshalb wird Russland mit seinen wohl noch auf längere Zeit unbesiegbaren Waffen seine im Dezember 2021 in Washington vorgebrachten Sicherheitsinteressen – militärische Neutralität der Ukraine, Rückzug von NATO-Mittelstrecken Raketen aus Osteuropa – so lange mit »militärisch-technischen Mitteln« durchset-

zen, bis wasserdichte und schusssichere Verträge darüber vorliegen. Die USA können diesen Prozess in die Länge ziehen, indem sie weiter »bis zum letzten Ukrainer« (oder Europäer) kämpfen lassen, doch verhindern sie können sie ihn nicht.

3

Die geopolitische Strategie des kollektiven Westens – mit dem Ukraine-Konflikt und wirtschaftlichen Sanktionen einen Regime Change in Moskau herbeizuführen und dann den »Endgegner« China anzugehen – ist zum Scheitern verurteilt. Die Sanktionen haben sich schon jetzt als gefährlicher Bumerang erwiesen, weil sie Europa stärker treffen als Russland, das international keineswegs isoliert, sondern jenseits von NATOstan (in etwa 15 Prozent der Weltbevölkerung) mit dem Rest der Welt weiter bestens im Geschäft ist und mit China wirtschaftlich und militärisch so eng zusammenarbeitet wie nie zuvor. Gegen den Rohstoff-Giganten Russland – es verfügt über mehr als ein Drittel aller fossilen Energien und Rohstoffe der Erde – und die mit ihm vereinte weltgrößte High-Tech-Werkstatt China einen Krieg gewinnen zu wollen, ist eine selbstmörderische Illusion.

Mit der absehbaren militärischen Niederlage in der Ukraine ist ein entscheidender geopolitischer Wendepunkt markiert: das Ende einer von Washington diktierten und militärisch durchsetzbaren »regelbasierten internationalen Ordnung«. Und damit auch ein Ende der Rolle des »Petro-Dollars« als erzwungener internationaler Reservewährung sowie des US-Dollars als »billigem Geld«, das in Unmengen gedruckt werden konnte, ohne an Wert zu verlieren, weil die ganze Welt, um ihr Öl und Gas zu bezahlen, für stetige Dollar-Nachfrage sorgte. Die letzten beiden Staatsmänner, die das Petro-Dollar-Monopol brachen und ihr Öl gegen Landeswährung anboten – Iraks ehemaliger Staatspräsident Saddam Hussein und Libyens ehemaliges Staatsoberhaupt Muammar al-Gaddafi – konnten von NATOstan noch weggebombt werden. Das ist jetzt nicht mehr möglich. Schon zahlt etwa Indien sein Öl in